



Klimaschutzpolitik als Ausdruck des Nihilismus

EDGAR GÄRTNER

Ein Plädoyer für gesunden Menschenverstand und Wettbewerb statt Bürokratie und konsensuale Gutheissung.

In den Auseinandersetzungen um den richtigen Umgang mit dem Klimawandel oder den Gesundheitsrisiken von Chemikalien geht es im Grund um den Kampf zwischen zwei kaum vereinbaren Weltbildern. Auf der einen Seite steht die Auffassung, wir Menschen lebten in einem geschlossenen System (Naturhaushalt) und könnten durch dessen fortschreitende Erforschung wenigstens mit 90%iger Gewissheit die Kräfte erlangen, die das System im Gleichgewicht halten. Der Naturhaushalt und die Lebensgrundlagen, die er uns liefert, könnten folglich durch die Anwendung wissenschaftlich abgeleiteter Management-Regeln haushälterisch verwaltet werden. Das ist die Sicht der vordarwinistischen (und präkantianischen), aus der Physico-Theologie des 17. und 18. Jahrhunderts hervorgegangenen Ökologie.

Insel im Meer des Nichtwissens

Ihr gegenüber steht die auf Charles Darwin (1859) zurückgehende evolutionäre Sichtweise, wonach es in der Natur keine prästabilisierte Harmonie gibt. Vielmehr ist die Welt in jeder Hinsicht offen. Fast alles befindet sich in ständigem Fluss. Die Entwicklungsrichtung von Mensch und Natur ist das Ergebnis des Lernens aus Versuch und Irrtum. Systeme existieren daher nur in unseren Köpfen oder in Gegenständen beziehungsweise Organisationen, die wir bewusst schaffen. Menschliches Wissen bleibt eine Insel in einem Meer von Nichtwissen. Oder mit anderen Worten: Statt 90% wissen wir meist weniger als 1% von dem, was wir wissen müssten, um Entwicklungen in Natur und Gesellschaft gezielt steuern zu können. Wir müssen — nur mit dem schwachen Licht der Vernunft ausgerüstet — im Dunkeln voranschreiten. Nur im «Kampf ums Dasein» bewährte Institutionen, beginnend mit der Familie, der Kommune und der Kirchgemeinde, vermitteln uns dabei provisorische Gewissheit. Nur in deren Rahmen kann auch ein haushälterisches Herangehen an Probleme der Ressourcenversorgung sinnvoll sein.

In der evolutionären Sichtweise kann es keine ökologische Nachhaltigkeit ohne Freiheit geben, denn diese ist Voraussetzung des Lernens aus Versuch und Irrtum. Freiheit bedeutet Reden und Handeln im Einklang mit seinen mentalen Dispositionen. Dabei überwiegen Glaubenssätze, Motive und Präferenzen, die ihren individuellen Trägern nur zum Teil bewusst sind. Bewusstes wissenschaftliches Wissen ist hingegen weniger wichtig als der gesunde Menschenverstand. Das gilt auch für kollektive Entscheidungsprozesse. Nur in Familien, Clans oder Horden bis zu einer Gruppenstärke von höchstens 150 Personen können diese unmittelbar ausdiskutiert werden, wobei bekanntlich nicht alle Stimmen das gleiche Gewicht haben. Vielmehr kommt es auf die Meinung von Häuptlingen oder anderen Autoritäten an.

Verführerische Bürokratie

Oberhalb der «magischen Zahl» von 150 gibt es im Grund nur zwei Methoden kollektiver Entscheidungsfindung: den Markt und die Bürokratie. Der Markt ist zwar historisch viel älter, denn wir wissen, dass schon die Jäger und Sammler der Steinzeit Fernhandel mit unbekanntem Menschen trieben. Dennoch erscheint er als «künstlich», weil das menschliche Hirn, angepasst an das Jahrtausende bis Jahrmillionen währende Leben in überschaubaren Horden, schlecht mit unpersönlichen Formen des Austauschs zurechtkommt. Viel «natürlicher» scheint uns eigenartigerweise die erst viel später mit dem Leben in grösseren Städten aufgekommene Bürokratie zu sein, weil sie vermutlich an die hierarchische Struktur der Horde erinnert. Die Bürokratie kann viel verführerischer sein als der Markt. Deshalb bedarf es einer Ordnungspolitik zur Eindämmung bürokratischer Auswüchse.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Risikoversorge. Das «Vorsorgeprinzip» wurde im Jahr 1992 auf der Uno-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UnCED), dem legendären «Erd-Gipfel» von Rio, folgendermassen definiert: «Drohen schwerwiegende oder bleibende Schäden, so darf ein Mangel an vollständiger wissenschaftlicher Gewissheit kein Grund dafür sein, kostenwirksame Massnahmen zur Vermeidung von Umweltverschlechterungen aufzuschieben» (Grundsatz 15 der Rio-Deklaration).

Wie verträgt sich dieser Grundsatz mit dem Prinzip der Verhältnismässigkeit, wonach die Kosten in einem vernünftigen Verhältnis zum Nutzen von Massnahmen stehen müssen? Weil der ebenfalls 1992 angenommene EU-Vertrag von Maastricht im Artikel 130r (später 174) das Vorsorgeprinzip kodifizierte, aber nicht näher definierte, sah sich die EU-Kommission im Jahr 2000 veranlasst, in einem umfangreicheren Papier zu präzisieren, dass seine Anwendung im Risikomanagement auf einer wissenschaftlichen Risikobewertung und einer rationalen Kosten-Nutzen-Abwägung fussen muss. Kurz: Das Vorsorgeprinzip schliesse das im Maastricht-Vertrag ebenfalls kodifizierte Prinzip der Verhältnismässigkeit und die damit verbundene Verpflichtung zur Gesetzesfolgen-Abschätzung ein. Leider spielt der Maastricht-Vertrag heute für die Begründung der EU-Politik kaum noch eine Rolle.

Übertriebene Vorsorge

Vorsorgeaufwendungen, die mehr kosten, als sie je einbringen können, gelten zu Recht als bescheuert, als irrational. Das ist eindeutig der Fall, wenn das Vorsorgeprinzip als Forderung nach einem «Nullrisiko» ausgelegt wird. So erklärte beispielsweise der damals in der EU federführende österreichische Umweltminister Josef Pröll im Jahr 2006 bei der Verabschiedung der Dubai-Deklaration zur Chemikalien-Sicherheit: «Die Deklaration sagt: Wenn du dir nicht sicher bist, welche Auswirkungen etwas hat, lasse die Finger davon.» Hätten die Menschen immer diesen Grundsatz befolgt, hätten sie weder das Feuer gezähmt noch das Rad erfunden! Und man müsste auch Schokolade verbieten, weil man mit Utensilien und Zutaten, die in jeder Küche zu finden sind, daraus leicht gefährlichen Sprengstoff herstellen könnte. Übertriebene Vorsorge führt also zum Stillstand, wenn nicht gar zum Tod. Die dahinterstehende Denkweise heisst Nihilismus.

Was verstehen wir darunter? In gängigen Lexika wie der Online-Enzyklopädie «Wikipedia» liest man meistens, Nihilisten glaubten an gar nichts. Heute gelten islamistische Selbstmordattentäter als typische Nihilisten. Niemand kann aber behaupten, diese glaubten an nichts. Deshalb scheint mir die Nihilismus-Definition, die der französische Schriftsteller Albert Camus in seinem 1951 veröffentlichten Essay «Der Mensch in der Revolte» gab, weitaus erheller zu sein. «Der Nihilist», schrieb Camus, «glaubt nicht an nichts, sondern nicht an das,

was ist.» Er berief sich dabei auf Friedrich Nietzsche, der den Nihilismus als Negation des Lebens definiert hatte. Allgemein bedeutet danach Nihilismus, etwas höher zu schätzen als das menschliche Leben in Freiheit und Würde. Für die Motive von Selbstmordattentätern trifft das sicher zu.

Negation des Lebens

Selbstmordattentate sind aber heute beileibe nicht die einzige und wahrscheinlich nicht einmal die wichtigste Manifestation des Nihilismus. Auch hinter Übertreibungen der heutigen Wellness-Bewegung lassen sich unschwer nihilistische Motive ausmachen. Viele Wellness-Jünger tun des Guten zu viel und verpassen über der Sorge, ob sie wirklich alles Denkbare für den Erhalt ihrer Gesundheit getan haben, das Leben. Statt sich des Lebens zu erfreuen, heben sie sich die Gesundheit für das Ende ihrer Tage auf. «Auch wer gesund stirbt, ist definitiv tot», bemerkte dazu mit trockenem Humor der bekannte Psychiater und katholische Theologe Manfred Lütz.

Dieser Artikel wurde in der Neuen Zürcher Zeitung vom 7. Juni 2008 publiziert. Das Liberale Institut bedankt sich beim Autor für die freundliche Genehmigung zur weiteren Veröffentlichung.

Juni 2008



Dieser Text ist verfügbar online unter: <https://www.libinst.ch/?i=klimaschutzpolitik-als-ausdruck-des-nihilismus>

© Copyright 2008 **Liberales Institute**